

Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel:

Kommunen machen weltweit Tempo

Klimaschutz weltweit ist in der Warteschleife vor einer – hoffentlich – großen Trendwende. Städte werden darin eine Rolle haben. Das ist unstrittig. Wie diese Rolle aber genau aussehen kann und welchen Wirkungsgrad sie erreichen wird, wird anderswo definiert.

Ein Beitrag von
Bärbel Dieckmann

Als ich 1994 zur Oberbürgermeisterin von Bonn gewählt wurde, war die beim Erdgipfel von Rio 1992 begründete Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen erst seit ein paar Wochen in Kraft. Gut drei Jahre hatte es gedauert, bis 50 Vertragsstaaten die Konvention ratifiziert hatten, ein weiteres Jahr verstrich bis zur ersten Vertragsstaatenkonferenz in Berlin 1995 – und 1996 zog das Klimasekretariat dann in Bonn ein. Zum Vergleich: Bei der Gründungskonferenz der IRENA, der internationalen Agentur für Erneuerbare Energien, die im Januar 2009 in Bonn tagte, zeichneten 75 Staaten im ersten Anlauf! Bis Mitte März waren es 77 – darunter die Zukunfts-Weltmacht Indien. Das zeigt, wie stark die Themen Energie und Klima heute weltweit positioniert sind. Und doch wird das Tempo unseres Handelns der tatsächlichen Notwendigkeit nicht gerecht. Nirgendwo. Auch in den Städten nicht.

Für Bonn war Energie seit den 1970-er Jahren ein Thema – sicherlich angetrieben von der damaligen Energiekrise und steigenden Energiekosten. Seit 1995 und einer (damals) hoch gesteckten Selbstverpflichtung der Bundesregierung wurde der Klimawandel dann auch öffentlich zum Thema. Die damalige Bundesumweltministerin und heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel rief die erste Klimakampagne aus, der viele weitere folgen sollten.

Wenn wir an Klimaverhandlungen denken, dann denken wir an Ministergipfel und Expertentreffen, an globale Strategien und internationale Verträge. Wenn wir an Städte und Klimaschutz denken, ist das Szenario inzwischen sehr ähnlich: Konferenzen, alarmierende Botschaften, Selbstverpflichtungen und



Aufrufe in großer Zahl. Welcher deutsche Bürgermeister hätte in den letzten zwei Jahren nicht mindestens eine Selbstverpflichtungs-erklärung in Sachen Klima unterzeichnet?

Solche politischen Willenserklärungen sind wichtig, weil sie die richtigen Signale aussenden und die Beiträge von Kommunen öffentlich machen. Viel wichtiger ist jedoch das, was Städte umsetzen, welche Maßnahmen und Projekte sie durchführen. Denn letztlich ist nicht ausschlaggebend, wieviel Prozent in diesem oder jenem Benchmarking wir erreichen, sondern was tatsächlich passiert. Was Kommunen wirklich tun können für Klimaschutz, ist mehr als bekannt.

Städte sparen Energie und Kohlendioxid

Kommunen können auf energiefreundlichere Verfahren umrüsten in städtischen Gebäuden und Fuhrparken. Angesichts der

„Für nachhaltige Entwicklung weltweit“ arbeiten in Bonn 19 UN-Organisationen, darunter das Klimasekretariat und das Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung

Zur Autorin:

Bärbel Dieckmann ist Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Vorsitzende des Weltbürgermeisterrates zum Klimawandel und Präsidentin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.



Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine wichtige Aufgabe auch der Städte: Gerade tagte die Halbzeitkonferenz zur Weltdekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Bonn

Tatsache, dass die energiebedingten Emissionen der städtischen Gebäude zum Beispiel gerade drei Prozent ausmachen, ändert das an der Gesamt-Energiebilanz einer Stadt wie Bonn zwar in Prozentpunkten nicht sehr viel, setzt aber das richtige Signal in Sachen Glaubwürdigkeit.

Städte können erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern – in den Klima-Aufbruchsjahren ab 1995 hatte Bonn mit einer Initiative zur kostengerechten Einspeisevergütung die Nase vorn, heute kurbelt ein Förderprogramm zur Solarthermie die Investitionsbereitschaft an. Städte wecken Bewusstsein, machen klimaverträglichere Lebensstile bekannt und fördern Verantwortung: Städte sensibilisieren für die Gefahren des Klimawandels – und zeigen immer wieder auf, was Klimaschutz im Alltag bedeutet. Klimafreundliche Mobilität durch öffentlichen Nahverkehr, Informationen und Unterstützung zu Bauen und Sanieren, klimafreundlicherer Konsum – das sind nur drei der Themenbereiche, in denen Kommunen im ständigen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern etwas bewirken können. Und hier liegen dann schon deutlich mehr Potenziale – der Anteil der privaten Emissionen in Bonn beträgt immerhin 40 Prozent.

Kommunen erreichen mehr und mehr auch die Wirtschaft. In Zeiten von „Corporate Social Responsibility“ (CSR) engagieren sich Unternehmen mehr und mehr auch in ihrer Stadt. Bonn ist kein Industriestandort und deshalb ist der Anteil der industriellen Emissionen mit elf Prozent vergleichsweise niedrig. Aber zusammen mit den 36 Prozent der sonstigen Kleinverbräuche, die zum Beispiel von Dienstleistung und kleinen Gewerbebetrieben verursacht werden, liegen wir dann bei fast 50 Prozent. Wie gesagt, Bonn ist keine Industriestadt. Wo Großindustrie sitzt, sehen die Zahlen ganz anders aus. Hebel haben die Städte aber allemal, denn sie sind

im ständigen Dialog mit den Menschen und mit der Wirtschaft. Warum das so bedeutsam ist, liegt auf der Hand, vor allem demografisch. Wenn bis 2050 zwei Drittel aller Menschen in Städten leben, liegt hier auch die entscheidende Einflussgröße für eine wirkliche Trendwende im Klimaschutz.

Klimaschutz erfordert globale Allianz

Warum schreibe ich dann heute wieder einen Artikel? Denn eigentlich ist doch alles gesagt. Städte sind, Städte wollen, Städte tun ... Nur, was wir tun, reicht nicht!!! Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Und es wird auch nie reichen – es sei denn, wir bekommen ganz anders Unterstützung als bisher. Wir können natürlich noch etwas aufsatteln auf unseren jetzigen Stand. Können noch ein paar Erklärungen unterschreiben, ein paar Klimaziele festschreiben und erreichen, weitere Branchen und Gruppen in unseren Städten ansprechen, noch mehr als vorher Kinder und Jugendliche schon jetzt auf ein klimafreundlicheres Erwachsenenleben vorbereiten. Aber: Es wird nicht reichen.

Klimawandel wird von so vielen Faktoren beeinflusst, dass er einen politischen und gesamtgesellschaftlichen Konsens und eine ebensolche Konsequenz erfordert. Alle, die einen Hebel für Klimaschutz bewegen können, müssen das gleichzeitig tun. Seit Jahren stellen die Städte auf jeder großen UN-Konferenz dar, was sie in eine Partnerschaft für Klima einbringen können. Seit Jahren nehmen die Vertragsstaaten das zur Kenntnis. Es werden Strategien verabschiedet, Verpflichtungserklärungen abgegeben und gehört ... doch in der Realität passiert nicht viel.

2007 haben die im Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel zusammengeschlossenen Bürgermeister in einer Presseerklärung natio-

nale runde Tische gefordert, um gemeinsam für Klimaschutz aktiv zu werden und den Folgen des Klimawandels entgegenzutreten. Bis heute ... 2009 ... haben die Städte in der globalen Klimastrategie noch nicht einmal eine offizielle Rolle! Im Themenfeld Biodiversität ist dieser erste Schritt seit Mai 2008 endlich getan. Doch auch hier wird es viel Zeit und Energie erfordern, bis die globale Partnerschaft, die im Oktober in Barcelona startete, wirkliche Ergebnisse zeigen wird.

Kämpfen die Städte auf verlorenem Posten? Ich sage Nein. Denn jede einzelne Veränderung zum Guten, jede verhinderte Tonne Kohlendioxid-Emissionen, jeder nicht gefahrene Kilometer, jede eingesparte Kilowattstunde Strom, jede einzelne Solarzelle ist ein Gewinn für den Klimaschutz. Wir müssen als Städte einen Spagat schaffen – nämlich zum Einen unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass der Einstieg in den Klimaschutz notfalls auch niederschwellig sein kann und dann aber für Jeden leistbar ist. Und zum anderen müssen wir noch ambitionierter werden in unseren Ansprüchen an uns selbst ... und andere in diesem Anspruch mitreißen.

Wir sollten in Zukunft klimaökonomische Rechnungen aufmachen ... wenn wir Unternehmen aufzeigen, dass Klimaschutz ihnen bares Geld spart, sind sie vielleicht auch bereit, dieses Geld gemeinsam mit uns in noch mehr Klimaschutz zu investieren.

In unseren Strategien dürfen wir ruhig kreativ sein – und so mutig, auch Bereiche unseres kommunalen Handelns für den Klimaschutz zu erschließen, die indirekte Treibhausgasverursacher sind. Beispiel sind die Klimaeffekte von Produktionsverfahren und Transporten. London zum Beispiel hat eine Initiative gegen Verkauf von Wasser aus Flaschen gestartet. Unser Talsperrenwasser in Bonn hat eine Qualität, die sogar für Baby-nahrung geeignet ist – da stellt sich mir die Frage, ob es wirklich nötig ist, stattdessen als Tafelwasser abgefülltes und mit Kohlensäure versetztes Leitungswasser mit erheblichen Transportwegen oder gar aus dem Ausland importierte Mineralwässer anzubieten. Täte es da nicht auch der Krug Bonner Leitungswasser und das Mineralwasser aus der Region? In Bonn gibt es noch kein solches Projekt – aber darüber nachzudenken, lohnt sich sicher.

In vielen Kommunen wird quergedacht, werden innovative Projekte für den Klimaschutz gestartet. Erst vor wenigen Monaten hat Bonn als dritte deutsche Stadt den European Energy Award in Gold erreicht. Darauf sind wir stolz. Aber ...noch einmal ... es reicht nicht und es ist kein Grund, sich auszuruhen.

Kommunen bei den internationalen Verhandlungen

Es gibt viele sehr gute Initiativen. Für Europa hat sich der Konvent der Bürgermeister neu begründet. Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Eurocities als die beiden etablierten Städteorganisationen arbeiten ebenfalls im Themenbereich Klima.

Sehr wichtig finde ich die „Local Government Climate Roadmap“. Da haben sich die großen Städteorganisationen und Netzwerke zusammengetan, um in zwei Richtungen zu wirken: das globale **Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit ICLEI**, der **Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Government“ (UCLG)**, der **Weltverband der Millionenstädte Metropolis**, die **Großstädteinitiative zum Klimaschutz C40** und natürlich der **Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel WMCCC**. Zum ersten Mal ist diese Formation in Bali sichtbar und hörbar geworden – damals sprachen Oberbürgermeister Michael Bloomberg aus New York für die C40 und ich für den WMCCC im High Level Segment. In Posen gab es wieder eine Städtekonferenz und der Commissioner von Pune sprach anschließend im High Level Segment für die lokale Ebene.

Die Blicke in Posen richteten sich aber weniger auf die Städte als auf den neu gewählten amerikanischen Präsidenten Barack Obama, der kurz vor seiner Amtseinführung erstmals klimapolitisch Stellung bezog. Auch in seiner Rede zum Amtsantritt Ende Januar 2009 sprach sich Obama für Klimaschutz und vor allem für die Stärkung erneuerbarer Energien aus. Der engere Kreis des Präsidenten in Klimafragen hat eine zunehmend multilaterale und nachhaltige Ausrichtung – angefangen von dem verhandlungserfahrenen Vizepräsidenten John Biden über Energieminister Stephen Chu bis zur sogenannten „Klimazarin“ Carol Browner, die aus dem Umfeld von Al Gore kommt.

Die neue Ausrichtung gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich in Amerika wirklich etwas ändert. Die Rolle der USA in den Weltklimaverhandlungen hat sich schon verändert. Das Gewicht hat sich verschoben. Die amerikanischen Städte, die sich schon in der Ära Bush für Klimaschutz stark machten, genießen erstmals die Unterstützung ihrer Nationalregierung.

Doch was passiert im Konkreten? Präsident Obama spricht von Biotreibstoffen, er spricht von Förderprogrammen für erneuerbare Energien – aber es werden vorrangig Straßen gebaut und das Thema Lebensstil bleibt



Hoffnung auf Barack Obama: Unter dem neuen amerikanischen Präsidenten erwarten Menschen in aller Welt eine Wende in der US-Klimapolitik

weitgehend außen vor. Auch wenn die Förderprogramme zur Wärmedämmung an Wohnhäusern gut sind – was ist mit den vielen privaten Klimaanlage, Swimmingpools und High Tech-Geräten im Dauerbetrieb? Großstädte wie Los Angeles haben in den letzten Jahren ihren öffentlichen Nahverkehr weiter ausgebaut – aber letztlich ist das Auto in den USA weiterhin Verkehrsmittel Nummer 1. In einem Ausmaß, das wir uns hier in Europa kaum vorstellen können.

Das Druckmittel ist Bedrohung. Wenn die Wasserversorgung knapp wird wie in Seattle vor einigen Jahren, wenn Hitzewellen und Smog die Gesundheit der Menschen gefährden – dann leuchtet Klimaschutz plötzlich ein. Und weil genau dieses Thema Lebensstil letztlich den Ausschlag geben dürfte, haben die Städte weltweit hier eine riesige Verantwortung. Aber die können sie nicht ausfüllen, wenn nicht auch nationale Regierungen bereiter als bisher sind, mehr vom Wähler zu verlangen oder ihm auf wirksamere Weise eine Wahlmöglichkeit zwischen „teuer und wie bisher“ und „günstig und nachhaltig“ zu bieten.

Die Städte sind willens und bereit, sie sind aber weder Herren des Gesetzesrahmens noch Herren der Budgets in größerem Ausmaß. Und ihnen geht allmählich auch die Geduld aus, auf die immer nächste Runde der globalen Debatte zu warten und die immer nächste Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wirklich etwas geschehen muss. Barack Obama hat für die USA ein gutes Signal gegeben. Doch schon jetzt ist klar, dass auch seine höchsten Zielvorgaben noch nicht an das heranreichen, was die Klimawissenschaftler als zwingend erforderlich erachten. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die letzten Zahlen des Weltklimarates „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) sind längst überholt.

Das plus-zwei-Grad-Szenario, das UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon als Science-Fiction-Film bezeichnete, ist kaum noch aufzuhalten. Bis zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen sind es nur noch acht Monate – dann muss ein Abkommen, das nahtlos an das Kyoto-Protokoll anschließt, konsensfähig sein. Und wir haben nicht wieder endlose sieben Jahre und zwei Monate Zeit, bis es dann in Kraft treten kann. Es ist höchste Zeit, dass der Klima-Zug endlich an Fahrt gewinnt! Es sind nicht die Städte, die diese Fahrt beschleunigen können. Aber sie sind auf ein schnelleres Tempo bestens vorbereitet.



Städte weltweit aktiv für Klimaschutz: ICLEI eröffnet neues Programmbüro in Bonn – im Bild Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann mit ICLEI-Präsident David Cadmann und Generalsekretär Konrad Otto-Zimmermann

Klimawandel verlangt nach Priorität. In den Städten konkurriert diese Priorität mit vielen anderen Aufgaben der Daseinsvorsorge um immer knappere Budgets. Das ist der Knackpunkt. Würden die Budgets für Klimaschutz nicht mehr im „Wettbewerb“ mit etwa Schulbetreuung oder sozialen Leistungen stehen, dann könnte mit diesem Geld viel effizienter gearbeitet werden. Was spräche gegen einen nationalen Aktionsplan, der lokal von Kommunen umgesetzt würde? Wir wissen nur zu gut, wie viel mehr wir tun könnten, wenn wir zu einer wirklich effizienten Zusammenarbeit mit anderen Ebenen gelangten. Was Städte wissen und leisten, kann die Weiterentwicklung nationaler Strategien nur voranbringen. Städte und ihre Netzwerke verfügen über valide Daten und gute Kontakte. Sie arbeiten – wie das Städtenetzwerk ICLEI – schon heute eng mit UN-Stellen zusammen.

Es gibt viele Wege, wie Städte konstruktiv beitragen können. In Posen habe ich angeregt, dass Städte ihren Regierungen anbieten, neue gesetzliche Regelungen noch vor Inkrafttreten in Pilotprojekten zu testen. Gerade im Klimaschutz sind die Möglichkeiten dafür vielfältig – was fehlt, ist allein die Zeit. ■

Infos

Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit ICLEI:

☞ <http://www.iclei.org>

Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Government“ (UCLG):

☞ <http://www.cities-localgovernments.org>

Weltverband der Millionenstädte Metropolis:

☞ <http://www.metropolis.org>

Großstädteinitiative zum Klimaschutz C40:

☞ <http://www.c40cities.org>

Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel WMCCC:

☞ <http://www.iclei.org/index.php?id=7192>